

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846 pbbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 212

8. November 1982

Rudolf Bindig MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wendet sich gegen die Entsendung eines Botschafters nach El Salvador: Widerstand ist geboten. Seite 1

Horst Isola erhebt eine Forderung sozialdemokratischer Friedenspolitik: Schafft Atomwaffenfreie Zonen! Seite 2

Renate Lepsius MdB fordert eine Änderung der Vergabeordnung für Leistungen: Bundeswehr vernichtet Arbeitsplätze. Seite 4

Dokumentation

Willy Brandt auf einer Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938 in Dachau: Die "Machtergreifung" war eher eine Machterschleichung. Seite 5

Widerstand ist geboten

Für die geplante Entsendung eines Botschafters nach El Salvador besteht kein Anlaß

Von Rudolf Bindig MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wegen des Bürgerkrieges in El Salvador hatte die sozialliberale Bundesregierung Anfang 1980 ihren Botschafter aus El Salvador zurückgezogen. Laut Pressemeldungen denkt die neue Bundesregierung daran, wieder einen Botschafter in das Land zu senden. Dazu besteht nicht der geringste Anlaß.

In El Salvador bestehen noch immer jene überholten Herrschaftsstrukturen, die die Keimzelle des jetzt tobenden Bürgerkrieges sind. Selbst Erzbischof Rivera y Damas hat die Junta nicht bewegen können, in einem Dialog mit der Demokratischen Revolutionsfront (FDR) zusammenschlossenen politischen Opposition einzutreten - im Gegenteil: Erst kürzlich hat sie eine Reihe sozialdemokratischer und anderer Politiker der FDR verschleppen lassen und bedroht sie jetzt mit dem Tode.

Ein solches Regime darf nicht durch die Entsendung eines Botschafters aufgewertet werden, auch nicht auf Druck der Reagan-Administration. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sich einem solchen Schritt aufs Entschiedenste widersetzen. (-/8.11.1982/bqy/oa)

+ + +



Schafft atomwaffenfreie Zonen!

Eine Forderung sozialdemokratischer Friedenspolitik

Von Horst Isola

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen

1. Ziel sozialdemokratischer Friedenspolitik ist unter anderem ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen (zum Beispiel Giftgas) weder hergestellt noch gelagert noch verwendet werden dürfen (Godesberger Programm, Parteitag in München 1982).
2. Es ist notwendig, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, weil
 - die weitere Aufrüstung Europas mit Atomwaffen, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses bevorsteht,
 - immer stärker erkennbar wird, daß das Konzept der Sicherheitspolitik der USA eine grundlegende Wandlung erfahren hat, indem der bisherige politische Charakter der Atomwaffen als Mittel der Abschreckung zugunsten einer Militarisierung im Sinne denkbarer Kriegsführung aufgegeben wird und
 - hierdurch die bislang begrenzte Kriegsgefahr einer wachsenden Kriegsgefahr weicht, weil die USA neuerdings einen Atomkrieg in Europa für führbar und gewinnbar halten.
3. Neben den laufenden abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen sowie neben der Entwicklung alternativer Verteidigungskonzepte stellt die Forderung nach Schaffung atomwaffenfreier Zonen einschließlich Zonen frei von biologischen und chemischen Waffen in Europa und in der Bundesrepublik einen wichtigen friedenspolitischen Schritt dar. Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung könnten die Vorschläge der Internationalen Kommission (Palme-Kommission), der auch Egon Bahr angehörte, sein, die ein umfassendes Programm zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit vorgelegt hat. Hierzu gehören unter anderem kurzfristig Gespräche über die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa; keine Stationierung von miniaturisierten Atomwaffen und Neutronenbomben in Europa sowie mittelfristig die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die sich von der Nord- bis zur Südflanke der beiden Bündnisse erstreckt einschließlich der grundlegenden Reduzierung atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa.
4. Unzureichend wäre es indes, die Initiative der Schaffung massenvernichtungswaffenfreier Zonen allein Spitzenpolitikern auf Bundesebene zu überlassen. Vielmehr ist es notwendig, auch in den Volksvertretungen der Länder, Städte und Gemeinden hierüber zu beraten und eine politische Willensbildung herbeizuführen.

Im Ausland haben sich bereits zahlreiche Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklärt. Neben mehreren US-Bundesstaaten taten dies in Großbritannien über 100 Städte wie London, Liverpool, Manchester, Oxford und Leeds. In Holland waren es bisher über 70 Städte und Gemeinden wie zum Beispiel Amsterdam, Rotterdam und Delft. In Skandinavien wird überdies diese Frage gegenwärtig eine breite Diskussion geführt. In der Bundesrepublik Deutschland folgten inzwischen die Städte Kassel, Marl, Nürnberg und Lindau dem Beispiel Großbritanniens und Hollands.



5. Die politische Legitimation zur Erörterung und Beratung dieser Forderung ergibt sich für die bundesdeutsche Bevölkerung vor allem deswegen, weil die NATO das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland als "Kampfzone" (Combat Zone - CZ) bezeichnet. Diesen Status hat unter den 16 Mitgliedsländern nur die Bundesrepublik Deutschland. Damit ist die bundesdeutsche Bevölkerung aufgrund der großen Gefahr ihrer atomaren Vernichtung besonders berufen, die Entfernung von Massenvernichtungswaffen zu fordern.
6. Darüber hinaus sind die Volksvertretungen der Länder, Städte und Gemeinden legitimiert zu handeln, weil angesichts des NATO-Doppelbeschlusses, in der Bundesrepublik Deutschland weitere Nuklearwaffen zu stationieren, falls die Verhandlungen in Genf bis Ende 1983 erfolglos sein sollten, kurzfristig die politische Entscheidung fallen könnte, Marschflugkörper und Raketen des Typs Pershing 2 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, zu lagern und zu transportieren, ohne daß sich die im einzelnen betroffene Gemeinde hiergegen rechtzeitig wehren kann. Chemisches Kampfgas lagert bereits auf deutschem Boden. Hinsichtlich der Stationierung von Atomraketen und Marschflugkörpern sind teilweise die vorbereitenden Baumaßnahmen angelaufen.
7. Die Volksvertretungen habendaher das Recht, sich hiergegen vorbeugend zu wehren, indem sie in entsprechenden Entschliefungen die Bundesregierung auffordern, das Gebiet der Gemeinde bei ihrer künftigen Planung für die Stationierung, Lagerung oder den Transport von Atomwaffen sowie biologischen und chemischen Waffen auszunehmen. Desgleichen wären Manöver, bei denen taktische Atomwaffen, biologische und chemische Waffen mitgeführt werden, sowie Tiefflugmanöver von Flugzeugen, die atomar bestückt sind, auf oder über dem Gelände der Gemeinde zu unterlassen.

(-/6.11.1982/ks/ca)

+ + +



Bundeswehr vernichtet Arbeitsplätze

Die Vergabeordnung für Leistungen muß geändert werden

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Erklärung des Bundeswirtschaftsministeriums, die Vergabepraxis öffentlicher Textil- und Bekleidungsaufträge für die Bundeswehr unverändert beizubehalten, kann nicht zu Frieden stellen. In einer parlamentarischen Anfrage hatte ich unlängst nicht nur die Auftragsvergabe an ausländische Textilunternehmen kritisiert, sondern auch die Praxis deutscher Unternehmen, ausländische Subunternehmen mit Teilarbeiten zu beauftragen. Ich sehe in diesem Verfahren gefährliche Jobkiller.

Angesichts des alarmierenden Rückganges von Arbeitsplätzen in der Bekleidungsindustrie, von dem Frauen am härtesten betroffen sind, ist es arbeitsmarktpolitisch nicht länger vertretbar, wenn ein so bedeutender Auftraggeber wie die Bundeswehr durch die Vergabepraxis den arbeitsvernichtenden Trend noch fördert.

Es ist arbeitsmarktpolitisch verfehlt, wenn sich der Parlamentarische Staatssekretär Grüner des Wirtschaftsministeriums in seiner Begründung für die Beibehaltung der öffentlichen Vergabepraxis auf die wettbewerbspolitischen Grundsätze der Vergabeordnung für Leistungen (VOL) beruft, die die Grundlage für die Vergabe öffentlicher Textil- und Bekleidungsaufträge darstellt. Grüner wörtlich in seinem Antwortschreiben: "Danach wird der Zuschlag auf das Angebot erteilt, das insgesamt das günstigste Verhältnis zwischen der gewünschten Leistung und dem angebotenen Preis erzielt (wirtschaftlichstes Angebot). Die Bestimmungen gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß nationaler und internationaler Wettbewerb für eine wirtschaftliche Auftragsvergabe die beste Voraussetzung sind. Dementsprechend verbieten insbesondere die internationalen Rechtsvorschriften, Auftragsvergaben auf inländische Produzenten zu beschränken. Eine Änderung der bestehenden Vergabevorschriften auf eine - wenn auch nur zeitliche - Begrenzung der Vergabe öffentlicher Textil- und Bekleidungsaufträge auf den inländischen Markt kann weder im Interesse der deutschen Textilindustrie noch der deutschen Arbeitnehmer liegen."

Diese Erklärung ist ebenso spitzfindig wie unverantwortlich. Die Definition des "wirtschaftlichsten Angebotes", die sich an einer schematischen Preis/Kosten-Relation orientiert, läßt die drohenden Folgekosten wie Arbeitslosigkeit unberücksichtigt. Ich werde weiterhin gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Veränderung der Vergabeordnung für Leistungen eintreten, um die Vergabe öffentlicher Aufträge an inländische Arbeitnehmer sicherzustellen.

(-/8.11.1982/ks/ca)

+ + +

Versünfziger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



D O K U M E N T A T I O N

In einer Gedenkveranstaltung zum nazistischen Pogrom gegen jüdische Mitbürger am 9. November 1936, die die DGB-Jugend Bayern in der KZ-Gedenkstätte Dachau ausrichtete, erklärte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Wochenende unter anderem:

Die "Machtergreifung" war eher eine Machterschleichung

Fast 50 Jahre ist es her, daß der schwärzeste Abschnitt der deutschen Geschichte anfang. 50 Jahre - erst oder schon? Im Leben eines Menschen ist ein halbes Jahrhundert sehr viel. Als ich damals miterlebte, wie schnell - und wie banal - ein Land zur Hölle gemacht werden kann, war ich so alt wie manche von Euch heute.

Eure Einladung an mich, hier zu Euch zu reden, zeigt, Ihr empfindet es ähnlich wie ich, trotz des halben Jahrhunderts, das uns trennt: Die Greuel der Nazizeit fallen aus dem Rahmen der Zeit. Das war alles so furchtbar, daß es sich nicht wie irgend eine andere Periode einfügt in die Vergangenheit, und wäre es selbst eine bittere Zeit gewesen, Kriegsjahre, Jahre der Not.

Jeder, der sich informiert oder der es gar miterlebt hat weiß: Hier wurde unvergleichliches verbrochen, einzigartiges, das Schlimmste.

Wir können nichts ungeschehen oder wieder gutmachen. Ermordeten kann man ihr Leben nicht wiedergeben, Gefolterten und Verfolgten nicht einreden wollen, es sei alles so wie vorher. Was wir aber können, das ist, immer wieder den Versuch machen, aus dem Unsäglichen zu lernen. Das wollt Ihr, und das will ich, und deshalb ist es gut, daß wir hier zusammengekommen sind.

Machen wir uns eines klar: Die Nazis sind nicht zwangsläufig an die Macht gelangt. Die Republik hätte gerettet werden können - wenn hinreichend viele es mit ausreichendem Willen gewollt hätten. Daß dieser Wille nicht ausreichend bestand, war die Chance Hitlers. Die "Machtergreifung", wie es die Nazis nannten, war eher eine Machterschleichung:

Eine Mehrheit hatte man nicht hinter sich - aber auch nicht wirklich gegen sich. Mit ungezügelterm Tempo ging man daran, den Rechtsstaat auseinanderzubauen. Durchaus nicht alles, wenn nicht eher das Wenigste, was die Nazis ins Werk setzten, traf sogleich auf breite Ablehnung.

Hitler und die Seinen waren ja keine Dämonen, sondern wild gewordene Spießer, deren Gedanken und Gefühlswelt durchaus nicht außenseiterisch oder exotisch waren, sondern auf perverse Weise volkstümlich.

Schlag auf Schlag ging es, nachdem Hitler am 30. Januar vor 50 Jahren die Macht "ergriffen" hatte. Wer nicht hatte begreifen können oder wollen, was die Nazis verbürgerten, dem wurde es nun drastisch vorexerziert:

Nach kaum einer Woche nur, am 4. Februar, wurden die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt. Da mußte man doch eigentlich hellhörig werden. Aber zu wenige - zumal außerhalb der Arbeiterbewegung - wußten Freiheit zu schätzen. Weitere drei Wochen später, am 29. Februar, am Tag nach dem Reichstagsbrand, wurde der Ausnahmezustand verhängt: Jetzt konnte ohne richterliche Kontrolle verhaftet werden, konnte das, was wir heute Grundrechte nennen, beliebig außer Kraft gesetzt werden.

Eine Woche darauf wurde der Reichstag neu gewählt - es sollte dann auch das Letzte Mal sein. Denn trotz vielfacher Einschüchterung und Bedrohungen gaben die Wähler der Nazi-Partei keine eigene Mehrheit. Und dies, obwohl zu dieser Zeit viele Abgeordnete und Vertrauensleute der Arbeiterbewegung, Linke oder sonstwie anrühige Intellektuelle schon hinter Gittern saßen.

Im selben März 33 kündigte man die Errichtung von Konzentrationslagern an, und bis zum Jahresende waren schon 50 KZs in Betrieb.

Ja, ich habe mich nicht versprochen: Das war angekündigt, wie ja fast alles. Geistige Substanz, ein faßbares Ideengebäude fehlten, aber dafür mangelte es nicht an Ankündigungen von Aktionen, Maßnahmen. Und dieselben, die mit wegwerfender Handbewegung über die Ankündigungen hinweggingen und sich dergleichen nicht vorstellen konnten, schlossen



dann auch die Ohren, als die ersten Nachrichten aus den Lagern kamen. Wenn es manchen nicht sogar gefiel.

Angekündigt war auch das "Verrecken" des jüdischen Nachbarn, und ohne langes Zögern ging man auch hier zu Werk: Am 28. März rief Hitler seine Gefolgsleute zum Boykott jüdischer Geschäftsleute auf. Hätte sich noch jemand gehemmt gefühlt, von jetzt an mußte jeder, es durften, nein sollten Steine geworfen werden.

Einen Monat darauf, am 2. Mai, zerschlugen die Nazis gewaltsam die unabhängigen Gewerkschaften. Ihre Führer - auch solche, die sich um ein Arrangement bemüht hatten, verschwanden zeitweilig im Gefängnis.

Wieder nur eine Woche später traf das, was von der SPD übrig geblieben war, dasselbe Schicksal. Die kommunistischen Organisationen, damals mit Massenanhang, waren schon vorher der Verfolgung anheimgefallen.

Am 10. Mai steckten die Nazis Scheiterhaufen an und "Übergaben", wie sie es nannten, mit pompösem Gebahren "den Flammen" - Bücher: Die Arbeit der Dichter und Denker, auf die sich unser Volk einst etwas zugute gehalten hatte.

All das wirkte auf viele immer noch nicht ernstlich alarmierend. Dabei hatten die März-Wahlen bewiesen, daß die Nazis alleine nicht über die Mehrheit verfügten; die Ereignisse bewiesen, daß sie sich einen feuchten Dreck drum scherten, große Teile des Volkes gaben ihnen recht. Jedenfalls meinte man, nichts dagegen tun zu können.

Daß die Spitzen der Opposition schon eingekerkert waren, kann nichts entschuldigen: Eben das hätte ja gerade den "gebildeten" und sonst "bürgerlichen" Schichten die Entscheidungssituation deutlich machen müssen.

Wer es wissen wollte, dem war es in den Jahren vor 33 nicht verborgen geblieben, worum es sich bei den Nazis handelte. Die Arbeitslosigkeit war das quälende Problem vieler Familien, aber die Parole "Hitler bedeutet Krieg" hätte in aller Ohren sein können. Daß es dann eben die Aufrüstung war, mit der jetzt Arbeitsplätze geschaffen wurden, nahm man weitgehend hin, wenn es nicht sogar begrüßt wurde.

Auch der Terror war im Prinzip nichts neues. Schon der lange Weg, auf dem sich die Nazis die Macht verschafften, war von brutaler Gewalttätigkeit gekennzeichnet. Aber erst jetzt, als man die Fäden der Macht in die Hand bekam, konnte man den Terror zum System austüfteln, daß das eigentliche Spezifikum der nazistischen Herrschaft bildet. Sie war insofern nicht nur Willkürherrschaft, sondern vor allem eine sorgfältig verwaltete Todesmaschine.

Wir haben uns nicht ohne Grund gerade jetzt hier zusammengefunden. Bald jährt sich wieder der 10. November - der Tag der furchtbaren Pogrome, euphemistisch und im Jargon der Mörder bis heute meist "Reichskristallnacht" genannt. In der Nacht vom 9. auf den 10. November vor 44 Jahren zog der SA-Mob, und nicht wenige andere in seinem Gefolge, alles zerschlagend, brandschatzend, plündernd und prügelnd umher, um den Mitbürgern jüdischer Herkunft, die bis dahin wahrlich schon genug zu leiden gehabt hatten - die Nürnberger Rassegesetze waren bereits drei Jahre alt - das Leben zur Hölle zu machen. Überall steckte man die Synagogen in Brand, verwüstete man den Besitz der deutschen Juden, nicht wenige kamen durch Mörderhand um.

Dieser Gewaltexzess warf ein Licht darauf, wie weit es in fünfeneinhalb Jahren nazistischer "neuer Ordnung" mit Deutschland gekommen war: Seit mehr als einem halben Jahrzehnt war das KZ Dachau düstere Wirklichkeit. An diesem 10. November 1938 waren schon mehr als 30.000 Opfer nazistischer Schreckensherrschaft alleine in diesem ersten Konzentrationslager auf deutschem Boden eingekerkert gewesen, waren es noch oder hatten es nicht überlebt. Schon zu diesem Zeitpunkt war der Name der kleinen Stadt Dachau so geschändet, daß man das Wort heute nicht aussprechen kann, ohne an die Leidensstätte zu denken, die hier am 22. März 1933 aufgemacht wurde. Und Dachau war nur einer von vielen Orten des Grauens, im eigenen Land und dann - noch schlimmer - in den besetzten Ländern um uns herum.

Auch die Errichtung des Konzentrationslagers Dachau war angekündigt worden. Noch zwei Tage, bevor die braunen Schergen zur Tat schritten verkündete Heinrich Himmler, Chef der SS und damaliger kommissarischer Polizeipräsident von München, in Dachau sollten



vor allem Funktionäre der Arbeiterbewegung, die angeblich die Sicherheit des Staates gefährdeten, zusammengepfert werden.

200.000 Häftlinge aus ganz Europa - wenige auch noch aus anderen Ländern - wurden bis 1945 im Hauptlager Dachau und seinen zahlreichen Nebenlagern gefangen gehalten. Jeder Siebente davon, dreimal 10.000, erlebten den 26. April 1945, den Tag der Befreiung durch amerikanische Truppen, nicht mehr: Sie waren an Seuchen, an Erschöpfung und Unterernährung gestorben; sie wurden von gewissenlosen Medizinern bei Menschenversuchen umgebracht; sie wurden erhängt, erschossen, tot geprügelt; 3.166 Häftlinge wurden als sogenanntes lebensunwertes Leben von hier aus in die Gaskammern von Schloß Hartheim in Österreich verbracht und dort zu Tode gebracht.

Wir gedenken in Ehrfurcht der Opfer von Dachau - und all der anderen.

Einen Tag nach der Eröffnung des KZs Dachau verabschiedete das amputierte Parlament in Berlin das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Nachdem Hitler und seine Leute zweieinhalb Wochen zuvor, die ja schon stark durch Terror geprägt waren, eben doch die Mehrheit der Stimmen nicht bekommen hatten, schlug man nun diesen Weg ein, dem Unrechtssystem einen fadenscheinigen Mantel von Legitimität überzuwerfen.

Die verängstigten Parteien der Mitte und der Rechten spielten tatsächlich mit: Sie stimmten für Hitlers umfassende Ermächtigung und damit die vollständige Entmachtung aller freiheitlichen Kräfte. Nur die 94 anwesenden Abgeordneten der deutschen Sozialdemokraten - 26 Fraktionskollegen konnten an der Sitzung aufgrund ihrer Verhaftung oder akuter persönlicher Gefährdung schon nicht mehr teilnehmen - stimmten gegen das Ermächtigungsgesetz und bekundeten damit ihren Widerstand gegen die Gewaltherrschaft. Den 81 kommunistischen Abgeordneten waren mit dem Verbot ihrer Partei die Mandate aberkannt worden. Sie waren eingesperrt oder in den Untergrund gezwungen worden.

Es war unser Otto Wels, der sich in der Krolloper unter Lebensgefahr "feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus" bekannte. Denen, die schon in Dachau oder noch in SA-Kellern saßen und denen, die um ihre Freiheit bangen mußten, rief er zu: "Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten griff in dieser Stunde, die Gott sei Dank nicht nur im Zeichen der Kapitulation stand, das Wort auf, daß nicht ehrlich sein muß, wer wehrlos gemacht worden ist. Bestimmt nicht: Nicht die Opfer waren ehrlos!

War man auch im ganzen all zu ungerüstet und ohne rechtes Bewußtsein von dem, was sich da abspielte, Teile der Arbeiterbewegung hatten doch vor dem Nein zum Ermächtigungsgesetz begonnen, sich auf Widerstand einzustellen.

Zwischen dem 30. Januar 1933 und den März-Wahlen fanden vielerorts kraftvolle Kundgebungen statt. Die entscheidende, den Widerstand fördernde und einigende Stimme blieb aus. Man wird ohne Rechthaberei sagen dürfen, daß die Führungen der damaligen Arbeiterparteien die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben. Die Vorstände der Gewerkschaften begaben sich auf den gefährlichen Weg, ihre Organisationen durch eine gewisse Anpassung retten zu wollen. Dabei erlebten die Nazis bei den wenigen Tage nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz abgehaltenen Betriebsrätewahlen mit den Listen ihrer Betriebsorganisationen eine so herbe Niederlage, daß dieser Wahlvorgang abgebrochen wurde.

Die Verfolgung ihrer Gegner setzte gleich ein, als die Nazis begannen, die Ämter und Behörden in ihre Gewalt zu bringen. Die Arbeiterbewegung wurde systematisch zerschlagen, der Reichstagsbrand bot den Vorwand für erste Verhaftungen, denen bald tausende und hunderttausende folgten.

Der gesammelten kriminellen Energie der Nazis wußte die Arbeiterbewegung keinen geschlossenen Widerstand entgegen zu setzen. Dennoch wäre es gewiß völlig verfehlt, so zu tun, als habe der Widerstand gegen die Hitlerei vor allem und allein durch die Offiziere und die mit ihnen aus der Illegalität heraus verbündeten Politiker des 20. Juli 1944 seinen Ausdruck gefunden. Daß dieser Eindruck bei manchen entstehen konnte, daß das Bild des deutschen Widerstands gegen die Barberei des Nazismus - zumal wo es um den Widerstand aus der Arbeiterbewegung heraus ging - so klein und so an den Rand unseres staatlichen Selbstbewußtseins gemait wurde, erscheint nicht nur mir sehr bedenklich.



Jene Widerstandsleute, die gefaßt wurden, landeten in Lagern wie diesem - wenn man sie nicht vorher totschiessend oder zu Tode folterte.

Hier in Dachau wurden bekannte Leute gefangen gehalten, Kurt Schumacher, Hans Beimler, Georg Simon, Joseph Wahl, Alois Hundhammer, Martin Niemöller, um nur einige zu erwähnen: Aus den Arbeiterparteien wie den bürgerlichen Parteien, den Gewerkschaften und den Kirchen. Vor allem aber waren es die unzähligen Unbekannten, die sich gegen Gemeinheit und Unrecht zur Wehr gesetzt hatten, für sich oder andere, und die nun dafür büßen mußten. Oder auch dafür, daß sie nichts von dem getan hatten, was man ihnen vorwarf.

Was die Gefangenschaft in Dachau bedeutete, zeigt schon eine Zahl: Von den 3.000 Kirchenleuten, die in Dachau eingeliefert wurden, kamen 1.000 hier um. Homosexuelle und Bibelforscher wurden hier ebenso gequält wie wegen krimineller Straftaten Verurteilte oder jene, die sie "Asoziale" nannten: Und all die vielen, denen das eine Verbrechen zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie überhaupt auf der Welt waren: Zigeuner, Juden.

Das Konzentrationslager Dachau, zunächst als Kerker für Oppositionelle errichtet, wurde zunehmend auch eine der Stationen auf dem Leidensweg der Juden.

Die Nacht vom 9. zum 10. November 1938, derer wir heute im besonderen gedenken, markiert eine Wende - auch für Dachau, wie sich bald zeigte: Die Zugangszahlen, etwa 700 im Oktober 1938 auf 12.000 empor. Mit der Anektion Österreichs und der Tschechoslowakei begannen die großen Bahntransporte nach Dachau. Und mit dem Kriegsforgang kamen die Opfer schließlich aus ganz Europa - die Menschen, die am Ende der braunen Herrschaft aus dem KZ Dachau befreit wurden, gehörten 38 Nationen an, die meisten von ihnen Russen, Polen und Ungarn.

Immer irrsinniger wurde die Verfolgung der Juden. War anfangs wohl noch daran gedacht, sie aus den KZs, in die man sie verschleppte, abzuschleppen, wurde es immer deutlicher, daß der SS-Staat daran ging, die Juden massenhaft physisch zu vernichten. Zunächst geschah es aufgrund von Einzelbefehlen; ab 1942, nach der berüchtigten Wannsee-Konferenz, auf der die sogenannte Endlösung beschlossen wurde, mit teuflischer Systematik. Eigene Vernichtungslager, außerhalb der deutschen Grenzen, wurden eingerichtet.

Dachau war in diesem Sinne kein Vernichtungslager, "nur" ein, wenn auch großes, KZ. Die Hölle war auch Dachau. Ein Platz der schrankenlosen Menschenverachtung und des peniblen Sadismus. Hier schritten die schlimmsten Wucherungen verquälten Spießbürgerseelenlebens blutig zur Tat. Zur fürchterlichen Wirklichkeit gehörte auch der gelungene Versuch, einzelne Häftlinge so zu deformieren, daß sie den SS-Leuten einen Teil des Quälens und Tötens abnahmen. Ein zynisch feixender Ungeist lag über allem, wie er auch aus dem Sinnspruch auf dem Dach des Hauptgebäudes spricht.

Die KZs mit ihren Lagerordnungen, Farben und Markierungen für Häftlingsgruppen, ihrem Gemenge aus Amts- und Kloakendeutsch waren auch die denkbar fürchterlichste Erscheinungsform eines moralisch nicht fundierten öffentlichen Dienstes, der Funktionieren als solches pflegte. Von der Rücksichtslosigkeit der Verwaltung gegenüber den Menschen zur verwalteten Menschenfeindlichkeit ohne Rücksicht war es, wie sich zeigte, nur ein kurzer Weg.

Gewiß haben einige sich widersetzt - es gab sogar unter den KZ-Wächtern Leute, die sich einen letzten Rest von Menschenwürde retteten, indem sie manchen ein wenig zu helfen versuchten. Umso mehr erfüllt uns der Übereifer mit Abscheu, mit dem viele durch zusätzliche Grausamkeiten ein Übersoll an Pflichterfüllung leisteten.

Von denen, die hier in Dachau die Hauptverantwortung für das Grauen trugen, haben die meisten sühnen müssen. 40 von ihnen wurden noch im Dezember 1945 durch ein amerikanisches Tribunal abgeurteilt. Ich vermag es nicht als Inkonsequenz zu empfinden, daß mich die dort verhängten 22 Todesurteile nicht sonderlich in Unruhe versetzen, auch wenn ich ein grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe bin. Viel eher beklage ich, daß sich die deutsche Justiz so schwer tat, ihren Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Zeit zu leisten. Bis heute ziehen sich Prozesse hin, manche wurden noch gar nicht eröffnet.

Während die Täter zu alt werden, zu gebrechlich auch, um in einem Rechtsstaat noch vor Gericht erscheinen zu müssen, und man den Zeugen der Greuel, in der Regel selber Opfer, die überlebt haben, kaum noch zumuten kann, an Verfahren teilzunehmen, die zur Farce zu verkommen drohen, bleibt die Frage, wie eigentlich jene gesühnt haben, die das Unrecht-



system nicht haben verhindern wollen, sondern es gefördert haben. Die sich vielmehr Gewinn vom Sieg der Nazis - erst im Innern, dann nach außen - versprochen und deshalb Millionen in Hitlers politische Laufbahn investierten: Zahlungen, die sie sich später vielfach zurückholten, auch durch die Zwangsarbeit von Häftlingen aus Dachau.

Doch selbst, wo gesühnt wurde - wirklich wieder gutmachen läßt sich nichts. Aber wir müssen verstehen wollen, um verhindern zu können. Ziehen wir die Lehren aus Dachau? Das ist ja nichts, was man einmal täte, das haben wir immer wieder zu leisten.

Ohne Ungleiches gleichsetzen zu wollen: Auch heute gibt es Terrorsysteme auf der Welt, denen wir gerade wegen Dachau, Auschwitz, Mauthausen und wie die Stätten des Grauens alle heißen, deutlich entgegentreten müssen. Und zwar nicht nur mit Worten, sondern vor allem dadurch, daß wir leidenden Menschen zu helfen versuchen, so gut es geht.

Und Bescheidenheit haben wir immer wieder zu lernen. Von der Vorstellung, an eines Volkes Wesen solle die Welt genesen, gilt es dauerhaft und verlässlich die Finger zu lassen.

Niemand braucht davor zu warnen, "unsere Geschichte auf zwölf Jahre zu reduzieren". Die Gefahr ist doch viel eher, daß die zwölf Jahre ausgeklammert werden. Und das darf eben nicht sein. Wo wir schon nichts ungeschehen und nichts wirklich wieder gutmachen können, haben die Opfer Anspruch auf unser Nachdenken. Ein Nachdenken, daß in unserem wohlverstandenen Interesse liegt.

Ihr, die Ihr mich eingeladen habt, könnt weder schuldig sein an dem, noch mitverantwortlich für das, was vor Eurer Geburt grauenvolles geschah. Aber wir alle, Ihr ebenso wenig wie ich, der ich mir auch keine persönliche Schuld anzulasten habe, können uns nicht in der Last der Geschichte noch dem nach vorn gerichteten Verantwortungsbewußtsein entziehen.

Mit den von der Vernichtungswut Nazi-Deutschlands betroffenen Nachbarn - gerade auch mit den am schlimmsten betroffenen im Osten - in ein ehrliches Verhältnis zu kommen, die Folgen des von hier aus angezettelten Krieges anzuerkennen, war daher mehr als eine politische Notwendigkeit, es war unsere moralische Aufgabe.

Auch wer sich persönlich von Mitschuld frei weiß, ist einbezogen in eine Verantwortung, die sich aus der Vergangenheit für die Zukunft ergibt. Das Versagen anderer entbindet uns nicht von der Pflicht, im Gegenteil: Wir sind verantwortlich für das, was geschieht. Der Nazismus war keine Naturkatastrophe, er fand nicht statt, sondern wurde gemacht.

Die Toten und Gequälten appellieren an uns, im Auge zu behalten, daß wir - und damit meine ich nicht nur uns in Deutschland - uns auf dünnem Eis bewegen. Die Nazizeit lehrt uns, zu welchen Grausamkeiten Menschen fähig sind, nur zu rasch fähig sind.

Die Augen nicht vor dem zu verschließen, was von 1933 bis 1945 in deutschen Landen und von hier ausgehend in weiten Teilen Europas an Schrecklichem angerichtet wurde, das bedeutet eben nicht, die Geschichte auf zwölf Jahre zu reduzieren. Es heißt doch, aus der Vergangenheit für die Gegenwart im Interesse einer menschenwürdigen Zukunft zu lernen.

Wer heute dazu auffordert, endlich "aus dem Schatten Hitlers herauszutreten", gibt uns einen schlechten Rat. Das könnte nur darauf hinauslaufen, Hitler mit dem Schatten unseres Schweigens zu decken.

Wir brauchen aber die klare und selbstbewußte Auseinandersetzung mit dem, was war, um für die Anforderungen, die sich uns stellen, gerüstet zu sein. Wir haben vielleicht nur Bewährungsfrist, aber hoffentlich doch die Chance auf eine gute Zukunft.

(-/8.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

